



Liebe Mitglieder,

wir hoffen, dass Sie gesund sind und unter den einschränkenden Bedingungen der Corona-Pandemie nicht zu sehr leiden mussten und müssen.

Unsere Aktivitäten sind unterbrochen, der Film »Goldrausch« und der Vortrag von Prof. Engler über die politischen Auswirkungen der Wiedervereinigung von 1989/90 mussten ausfallen. Der traditionelle Ostermarsch konnte nur virtuell stattfinden, Sie haben ihn auf unserer Homepage verfolgt und die Reden nachlesen können. <https://www.friedenszentrum.info/index.php/687-virtueller-ostermarsch-2020-in-bild-text-video-und-musik>



Plakatcollage zur Bewerbung des virtuellen Ostermarsches

Nachholen wollen wir die mahnende Erinnerung an Jahrestage:

Am 23. April wollten wir mit einem Stand auf dem Kohlmarkt an den Tschernobyl-Jahrestag erinnern: Die Implosion eines Reaktors führte zu einem Fall-Out von atomarer Strahlung, die noch Jahre danach Menschenleben kostete... Für uns die Verpflichtung zur Mahnung: Zivile Nutzung von Kernkraft stellt eine Bedrohung dar. Zivile und militärische Nutzung von Kernkraft sind Zwillinge, der noch immer drohende Einsatz atomarer Waffen bedroht die Existenz der Menschheit. Am 26. April sollte ein Grosskundgebung in New York stattfinden: Abschaffung aller Atomwaffen!

Am 12. April 1945 war die Kapitulation Braunschweigs. Die 9. US-Armee rückte in Braunschweig ein und es wurde ein Kapitulationsvertrag unterzeichnet. Braunschweig war eine durch die Kriegszerstörungen in Schutt gelegte Stadt, in der Not herrschte – hervorgerufen durch die Allmachtsvorstellungen einer faschistischen Herrschaft, die den Krieg begonnen hat. So war die Kapitulation auch die Befreiung vom Faschismus. Auf unserem Gedenkpunkte-Rundgang suchen wir in Braunschweig die Orte des Erinnerns an die faschistische Gewaltherrschaft und den Bombenkrieg auf. In diesem Jahr mussten wir den Rundgang verschieben, den Nachholtermin können wir noch nicht festlegen.

Vor 75 Jahren öffneten die Alliierten die Konzentrationslager von Auschwitz, Bergen Belsen, Dachau und viele andere. Der Öffentlichkeit wurde die Augen geöffnet für das Grauen der Vernichtungsmaschinerie der deutschen Faschisten des Dritten Reiches. Wieviel Menschen müssen davon gewusst haben?!

Kriegsende: Datiert auf den 8. Mai wurde vor 75 Jahren die Kapitulation des »Deutschen Reiches« von Karl Dönitz unterschrieben. Das Kriegsende wurde von Millionen Menschen herbeigesehnt, die hungrig und frierend in Trümmern in ständiger Angst vor Bomben lebten, als Flüchtlinge herumirrten und das Ende des Faschismus als Zusammenbruch des Dritten Reiches erlebten. Das Kriegsende veränderte die Welt. Die Siegermächte teilten auf der Potsdamer Konferenz Deutschland in vier Besatzungszonen: in die sowjetisch besetzte Zone im Osten und den drei westlichen Zonen der Alliierten im Westen: Die Zuspitzung der Konfrontation zwischen dem Ostblock und dem Westen führte zur Teilung Deutschlands und schuf die geopolitische Grundlage für die bipolare Aufteilung der Welt für die kommenden Jahrzehnte, die durch den Kalten Krieg mit immenser Aufrüstung gekennzeichnet waren.

Corona beeinflusst die Politik:

Die Pandemie und der Shutdown der Wirtschaft zeigen eine neue Seite des Staates, der bereit ist, mit Geld zu stützen und zu helfen, um die Existenz der kleineren Betriebe zu retten, mit Kurzarbeitergeld die Lohneinbußen der Beschäftigten zu überbrücken, und dafür Unsummen bereit stellt, die vorher für soziale Zwecke nicht da waren.

Die zu einer Wirtschaftskrise sich entwickelnde Pandemie wird die kleinen schlucken und die großen noch größer erstehen lassen. Statt einer sozialeren Umstrukturierung wird es eine Verfestigung der neo-liberalen Wirtschaft geben, allerdings mit der Überlegung, die internationalen Abhängigkeiten etwas zu reduzieren und staatstragende Produktionen doch wieder ins Inland zu verlegen. Die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen taucht wieder auf ...

Das Homeschooling und der unterschiedliche Beginn der »Schule mit Präsenzpflcht« verschärft die Ungleichheit. Die häuslichen Bedingungen der Schüler/innen werden zur Grundlage des Schulerfolgs, soziale und gesellschaftliche Unterschiede werden verfestigt.

Europa steht an einem Scheideweg: Wenn der Süden mit seinen Schulden nicht ernst genommen wird, wird das europäische Projekt scheitern. Dazu schreibt Inge Gerlach:

Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise für Deutschland

Dass uns die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte, ja vielleicht sogar seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bevorsteht, ist mittlerweile Allgemeinwissen. Firmenpleiten, ein exzessiver Anstieg der Kurzarbeit oder gar der Arbeitslosigkeit, eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten – das ist eine Zukunft, die sich heute schon ahnen lässt. Der DGB fordert als Schutz einen starken Sozialstaat.

Aber ein solcher verlangt Geld, und woher soll das kommen?

In der Krise ist deutlich geworden, dass der von Neoliberalen als überflüssig betrachtete Staat heute als einziger Akteur dasteht. An ihn wenden sich alle, die von der Krise ökonomisch bedroht sind, von der Großindustrie bis zu den Solo-Selbständigen. Der nächste (konsequente) Schritt wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, aber soweit wird Olaf Scholz wohl nicht gehen.

Auffällig ist, dass der bisher so sparsame Staat eine Keynesianische Politik des Schuldenmachens betreibt. Von der Schwarzen Null ist nicht mehr die Rede. Nur bei der europäischen Solidarität gibt sich die deutsche Finanzpolitik zugeknöpft: Die Bitte um Euro-Bonds, die den von der Staatspleite bedrohten Südstaaten helfen könnten, wird stur abgeschmettert.

Zwei Fragen stellen sich mit Blick auf die Zukunft:

Wer soll die Milliarden oder gar Billionen erhalten, die jetzt fließen?

Und weiterhin: **Wer kommt letztendlich für sie auf?**

Die erste Frage lenkt den Blick auf die Wirtschaft, die nach Unterstützung ruft. Forderungen nach Subventionierung der potenziellen Käufer werden laut. Die Automobilindustrie erinnert an das Jahr 2009, als in der Eurokrise nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank die bundesdeutsche Leitindustrie mit Abwrackprämien gefüttert wurde. Aber genau das gilt es jetzt zu verhindern: Die Automobilindustrie darf nicht länger auf die SUVs und andere Spritfresser setzen, die bisher ein Drittel ihres Umsatzes ausmachten. Notwendig ist die Rückbesinnung auf die nicht vertagte Klimakrise. Die staatliche Subventionierung soll nur solchen Unternehmen zugutekommen, die nachhaltig im Sinne der Klimawende produzieren.

Was die zweite Frage anbetrifft: Für die Eurokrise von 2009 sind im Wesentlichen die Steuerzahler aufkommen. Bei der Corona-Krise muss eine Wiederholung verhindert werden, die bewirken würde, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich noch weiter öffnet. Eine Abgabe auf hohe Vermögen, ein steilerer Anstieg der Einkommenssteuer im oberen Segment oder eine wirksame Steuer für Finanztransaktionen – das wären denkbare Möglichkeiten, um die zu erwartende hohe Staatsverschuldung auszugleichen.

(Ingeborg Gerlach)

Die Einschränkung der demokratischen Rechte

Der Ausnahmezustand wurde am 27. März 2020 verkündet. Grundlage dafür ist das Infektionsschutzgesetz, das erlaubt, die Grundrechte der Freiheit der Person und der Unverletzlichkeit der Wohnung einzuschränken, wenn Krankheits- und Ansteckungsverdächtige festgestellt werden. Diese Feststellung traf die Politik mit parlamentarischer Mehrheit nach Empfehlung der Wissenschaft. Das »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« schränkt das Grundrecht der Freizügigkeit ein, Reiseverbote, Schließen von Grenzen - auch von Ländergrenzen, die noch nicht einmal sichtbar sind/waren.

Das Recht der Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht ist eines der wichtigsten Grundrechte der Demokratie. Es kommt einem Verbot der politischen Teilhabe gleich und ist ja auch vom Bundesverfassungsgericht korrigiert worden. Die Versammlung am 1. Mai durfte nach bestimmten Auflagen stattfinden, auch die eindrucksvolle Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung (Kriegsende 8. Mai) an der Gedenkstätte Schillstraße.

Es muss auch wieder die gewohnten Möglichkeiten der Meinungsbildung geben. Dazu gehört, in einer Gruppe zu diskutieren, auch zu demonstrieren - eine traditionelle Möglichkeit, sich am politischen Geschehen in einer Demokratie zu beteiligen. Oder ist Besitz und Kenntnis der neuen Medien die Eintrittskarte für eine politische Beteiligung?

Die vor 50 Jahren heiß diskutierten Notstandsgesetze sind auch in Bezug auf das Infektionsschutzgesetz zu sehen. Die Einschränkungen dürfen nicht Schule machen, weil alles so unproblematisch verlief und von einer Mehrheit akzeptiert wurde. Die Kontrolle durch die Polizei und Sanktionen über den Bußgeldkatalog brachten eine erschreckend andere Atmosphäre in unser Land. Die tägliche Frage »...darf

ich das?« und durchaus aufkommende Diffamierungen durch Nachbarn führen zu einer Schere im Kopf. Je länger der von einer Mehrheit noch akzeptierte Ausnahmezustand dauert, desto mehr sehe ich die Gefahr, dass die Bürger sich daran gewöhnen und die Notwendigkeit, sich für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte einzusetzen.

Wer bestimmt, wann der Notstand beendet ist? Ist das Parlament der politische Akteur oder wird es die Konferenz der Länderchefs in Zusammenarbeit mit der Regierung Merkel sein?

(Elke Almut Dieter)

Neben den Corona-Nachrichten ein wenig aus dem Blickpunkt gerückt:

Neue Atombomber für die Bundeswehr?

Die Bundesregierung berät über die weitere Aufrüstung. Es geht um die Anschaffung von Militärflugzeugen. Die Verteidigungsministerin Frau Kramp-Karrenbauer wünscht sich eine aktivere Außenpolitik und sagte im November 2019 »... dazu gehört, militärische Mittel, wenn nötig, auszuschöpfen«.

Bereits im März machten DFG-VK und Friedensorganisationen auf die Defizite im Gesundheitssektor aufmerksam und forderten, das Geld für Bundeswehr und Auslandseinsätze künftig in Krankenhäuser und Pflegepersonal zu investieren. Nur wenige Wochen später, während das öffentliche Leben aufgrund der getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus noch immer lahm liegt, plant das Verteidigungsministerium den Kauf von 45 neuen Kampffjets und die Bewaffnung deutscher Drohnen. Neben den europäisch gefertigten (PESCO-Vertrag) Kampffjets sieht die Ministerin die Anschaffung US-amerikanischer Flugzeuge vor, damit die nukleare Beteiligung verwirklicht werden kann. Das heißt, diese Flugzeuge sollen die Atomsprengköpfe, die u.a. in Büchel lagern transportieren - bisher mit speziell geschulten deutschen Soldaten. Die US-amerikanischen neuen Kampffjets sollen zum Transport der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen dienen. Bereits vor 10 Jahren beschloss der Bundestag den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, nun soll der Kauf der atomwaffenfähigen Kampffjets die Lagerung der Waffen für weitere Jahrzehnte garantieren.

Ialana: IALANA widerspricht daher entschieden dem von der Bundesregierung erörterten Plan, für den Einsatz der in Büchel stationierten US-amerikanischen Atomwaffen neue Trägerflugzeuge anzuschaffen. Wir fordern, dass Deutschland umgehend die nukleare Teilhabe beendet. Ein erster Schritt hierzu wäre es, den Übungsbetrieb des Jagdgeschwaders 33 in Büchel mit sofortiger Wirkung einzustellen. Die Bundesregierung ist in ihren Entscheidungen nicht frei, sondern gemäß Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden.

Rolf Mützenich Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag forderte aktuell, dass die in Büchel gelagerten amerikanischen Atomsprengköpfe abgezogen werden und keine neuen mehr stationiert werden. Das ist seit langem eine Forderung der Friedensbewegung.

Antwort der Gegner: »Die nukleare Teilhabe ist ein wichtiger Baustein unserer Sicherheitsarchitektur. Sie garantiert uns Glaubwürdigkeit bei der Gestaltung der auf Verteidigung ausgerichteten Nuklearstrategie der Nato«, sagte Henning Otte (verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag).

Alle fünf Jahre versammelt sich die Staatengemeinschaft zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages. Die für den April 2020 angesetzte Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages ist wegen Corona auf das folgende Jahr verschoben worden. d.h. keine Kontrolle!?!

Der zwischen den Großmächten ausgehandelte Vertrag »offener Himmel« wird von Trump in Frage gestellt! Dieser Vertrag verhinderte Unfälle zwischen Militärflugzeugen, sorgte für wichtige Transparenz und für eine Kontrolle des Luftraumes.

Was ist aus Defender 2020 geworden?

Quelle: <https://www.jungewelt.de/artikel/375735.nato-übung-trotz-pandemie-defender-2020-light-in-polen.html>

02.04.2020 - »Die NATO-Großübung »Defender Europe 2020« ist wegen der Coronakrise nicht etwa eingestellt, sondern nur »in ihrem Umfang deutlich reduziert« – so heißt es in der Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Zaklin Nastic (Die Linke), die junge Welt vorliegt. »Seit dem 13. März 2020 ist jeglicher Transport von Personal und Ausrüstung aus den USA nach Europa eingestellt. Auch innerhalb Europas finden keine Transporte, von einzelnen Versorgungsfahrten abgesehen, mehr statt«, schrieb der parlamentarische Staatssekretär Peter Tauber in der Antwort vom 25. März. Aber: »Die USA verfolgen noch modifizierte Übungsanteile mit bereits angereisten Truppenteilen in Polen.

Nahezu alle sonst ursprünglich beteiligten Staaten hätten ihre Streitkräfte von dem Großmanöver abgemeldet. »Auch die weitere deutsche Übungsbeteiligung in und außerhalb Deutschlands wurde abgesagt«. (...) Nastic: »Dass – anders als von der Mehrzahl der bundesdeutschen Medien suggeriert – ein Ende von »Defender 2020« nicht in Sicht ist, ist ein Skandal! Trotz der Coronakrise führt die NATO ihre antirussische Politik mit brandgefährlichen Kriegsspielen in Polen weiter«. (...)« (jW)

Warum gibt es diese irreführende Informationspolitik der Bundesregierung? Erst auf Nachfrage der Linken erfahren wir von der Fortführung des Manövers Defender.

In unserem Jahresprogramm 2020 beschäftigen wir uns auch mit den erstarkenden Gruppen mit rechter Gesinnung, die eine drohende Gefahr für die Demokratie darstellen.

Richard Gebhardt hielt im Februar einen Vortrag über die politische Ökonomie des Kulturkampfes von rechts. Die Zusammenfassung dazu hat Inge Gerlach geschrieben. Unser nächster Vortrag von Friedrich Burschel sollte im Mai die rechtsextremen Netzwerke in staatlichen Strukturen aufzeigen. Da wir noch nicht in die VHS einladen können, werden wir versuchen, den Vortrag auf unserer Homepage zu verlinken.

»Zur politischen Ökonomie des Kulturkampfes von rechts« Vortrag von Richard Gebhardt in der Reihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« am 13.2.2020

Hinter dem etwas sperrigen Titel verbarg sich ein hochinteressanter Vortrag über die divergierenden Tendenzen innerhalb der AfD. Den Referenten bewegte die Frage nach den Ursachen des Rechtsextremismus, insbesondere warum höchst unterschiedliche Milieus sich von den Parolen der Rechten angesprochen fühlen. Es sind einerseits Gruppen der unteren Mittelschicht, die um ihren Arbeitsplatz angesichts der Digitalisierung fürchten; hier spielen ökonomische Gründe eine wesentliche Rolle. Andererseits fühlt sich ein akademisch geprägtes Milieu von der gegenwärtigen Entwicklung bedroht. Wie passt das zusammen?

Die AfD stellt sich als die Partei der kleinen Leute dar und findet viel Zustimmung, auch und gerade unter Gewerkschaftern (Höcke an der Spitze einer IGM-Demonstration rief großes Aufsehen hervor, auch wenn er nur kurze Zeit blieb). Ihre Elitenkritik schien bisher ein ausschlaggebendes Moment zu sein. Allerdings muss man bemerken, dass die AfD keine ernsthafte Verbesserung der sozialen Verhältnisse erstrebt, und wenn doch, so nur für die deutschen Arbeitnehmer.

Doch spätestens mit Wulffs Zustimmung zum Islam (2008) schälte sich ein anderes Moment heraus. Aus ihrer Sicht ist die (angeblich) homogene Volksgemeinschaft in Gefahr. Mit Sorge konstatieren sie die zunehmende Bedeutung von Frauen sowie von ethnischen, sexuellen und anderen Minderheiten. Es ist der Liberalisierungsschub der letzten Jahrzehnte, der insbesondere den bisherigen Eliten Angst einflößt, Angst um den Kontrollverlust. Der Referent sprach vom drohenden Verlust der »Dividende weißer Männer«, der ihnen Sorge bereite. Hier schlummere seiner Meinung nach ein ungeheures Protestpotential von Menschen, die mit der gesellschaftlichen Modernisierung nicht zurechtkommen.

Der Referent hielt an seiner These von beiden Wurzeln des rechtspopulären Anwachsens fest. Die AfD wünsche keine gesellschaftliche Autonomie der Menschen, aber auch keinen ökonomischen Fortschritt zugunsten der arbeitenden Bevölkerung. Die kleinen Leute sollten klein bleiben.

(Ingeborg Gerlach)

Vortragsfolien - <https://www.friedenszentrum.info/images/stories/2020/VHS-13-2-2020-folien.pdf>

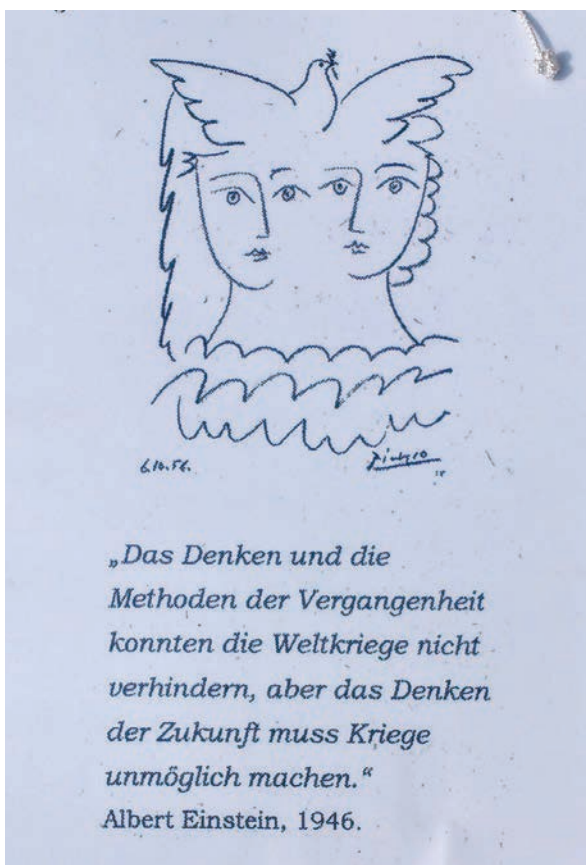
Termine der kommenden drei Monate:

Aufgrund der aktuellen Corona-Situation entfallen die wöchentlichen Öffnungszeiten des Friedenszentrums (Di 16.00 - 18.00 Uhr ist leider geschlossen!). Dies gilt auch für unsere Veranstaltungsreihe »Wege zu einer Kultur des Friedens«.

Mögliche Ausnahmen waren bislang Live-Streamings, virtuelle Demos und Videokonferenzen (wie geschehen am 1. Mai (<https://www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit>) und am 24. April bei FridaysForFuture (<https://fridaysforfuture.de/2404-de/>). Zu unseren Vortragsveranstaltungen können wir bis auf weiteres keine Alternative via Internet anbieten - kreative kleine kurzfristige Aktionen unter Einhaltung der aktuellen Kontakt- und Versammlungsveschränkungen sind prinzipiell möglich. Ideen sind uns sehr willkommen unter kontakt@friedenszentrum.info

www.friedenszentrum.info

www.facebook.com/Friedenszentrum-Braunschweig-eV-280733798618130



Plakatcollagen von Manfred Kemper

